Schneider-Zeitung

Erscheint alle 14 Tage Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 1 M. ohne Bestellgeld.
Abonnements-Bestellungen nimmt jede Postanstalt entgegen.
Bei Zusendung unter Kreuzband 1.20 M.
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Organ
des Verbandes christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufe Deutschlands.

Herausgegeben vom Zentralvorstande.

Geschäftsstelle Köln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefon B 1547.

Redaktion und Expedition Köln a. Rh., Palmstraße 14.
Bestellungen für direkte Zusendung, Anzeigen 2c, sind an die Geschäftsstelle zu richten.
Redaktionsschluß: Montag-Mittag.

Nr. 9. | Köln, den 4. Mai 1912. | 9. Jahrgang.

Inhalt: Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes für 1911. — Streikbrecher. — Lohnbewegungen und Differenzen. — Verbandsnachrichten. — Aus den Zahlstellen: Bad Kissingen. Leipzig. München. — Rundschau: Eine Ausschußsitzung des Gesamtverbandes. Tarifverträge. Kartellbeamter gesucht. — Inserate.

Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes für 1911.

In Nr. 8 des Zentralblattes erstattet der Ausschuß des Gesamtverbandes seinen üblichen Jahresbericht. Einleitend weist der Bericht auf die, durch die vorjährigen Reichstagswahlen hervorgerufenen Strömungen, von welcher die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung nicht unberührt geblieben sei, hin. Dadurch sei die in der Entwicklung begriffene grundsätzliche Klärung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung nahe gebracht.

Der Kampf um das Gewerkschaftsprinzip namentlich um die Wahrung der gewerkschaftlichen Selbständigkeit gegenüber parteipolitischen Einflüssen — ein Kampf, der in der Bergarbeiterbewegung an der Ruhr soeben seinen sichtbaren Niederschlag fand und der dieser Bewegung seine historische Bedeutung aufpräge —, hebe das Jahr 1911 aus seinen Vorgängern besonders hervor.

In der Verteidigung der Selbständigkeit der gewerkschaftlichen gegenüber der politischen Bewegung sei indes den christlichen Gewerkschaften in den Tatsachen selbst die wirksamste Rechtfertigung zuteil geworden. Nach der sozialpolitischen Seite liege der Beweis in der von Legien auf dem Dresdener Kongreß der sozialistischen Gewerkschaften (Juni 1911) ausgestoßenen Klage: „Man möchte zu der Ueberzeugung kommen, daß die Staatsverwaltung erst die Wünsche der organisierten Arbeiterschaft hört, um dann in den Gesetzgebungsvorschlägen das Gegenteil von dem zu bringen, was die Arbeiter gewünscht und gefordert haben."

Die christlichen Gewerkschaften hätten immer wieder auf die ursächlichen Zusammenhänge dieser bedauerlichen Erscheinung hingewiesen: Die enge Verbindung der „freien" Gewerkschaften mit der sozialdemokratischen Partei belaste die Gewerkschaften mit den Folgen, welche die Negationspolitik der Sozialdemokratie in dem Gegenwartsstaat heraufbeschwöre. Nach der unmittelbar gewerkschaftlichen Seite dagegen redeten die Vorgänge eine deutliche Sprache, die sich um die bekannte „Massen- und Führer"-Frage gruppieren. Es handele sich bei dieser Frage um das Bestreben der radikalen sozialdemokratischen Parteipresse, der sozialdemokratischen Masse einen inneren Gegensatz zu den Gewerkschaftsführern zu suggerieren, die zu sehr verspießert und verbureaukratisiert seien, um das gesunde, revolutionäre Empfinden der Massen zu verstehen. Diesen, nicht den Gewerkschaftsführern, käme daher die Souveränität zu. Aus Rücksicht auf die bevorstehende Wahl konnte im Berichtsjahre der Schleier über diese Gegensätze gezogen werden. Dagegen habe die Revolutionsromantik, wie vorauszusehen war, in dem Ergebnis der Reichstagswahl neue Nahrung gefunden. Und es ist die beste Rechtfertigung für die Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften, wenn sich neuerdings der „Grundstein" (Nr. 11, 1912) mit folgender Begründung gegen die revolutionäre Propaganda wendet:

„Wir können schon darum nicht dazu schweigen, weil unsere Organisationen, unsere Gewerkschaften die Folgen einer solchen Aufpeitschung der Gemüter und Verwirrung der Geister zu tragen haben. Das ganze, der Wirklichkeit abgewandte Wesen dieser Propaganda, wovon die Luxemburgschen Reden und Artikel nur den Gipfel darstellen, ist der Grund, auf dem die Schwierigkeiten wachsen, ohne die heute kaum noch eine Lohnbewegung größeren Stils durchgeführt werden kann. Soweit dies letztere Uebel — die inneren Kämpfe in den Gewerkschaften bei den Lohnbewegungen — eine psychologische Wurzel hat, ist diese Propaganda deren Nährboden. Und darum erheben wir Protest dagegen."

Klarer, wie es hier geschieht, können die Zusammenhänge nicht geschildert werden. Die Begleiterscheinungen des sogenannten Scherlkonflikts im Berichtsjahre belegen praktisch die Gefährdung der vornehmsten gewerkschaftlichen Errungenschaften durch die Voranstellung nicht unmittelbar gewerkschaftlichen Beweggründe. Dieser Konflikt gipfelte in der Unterordnung der mit Zustimmung der Gewerkschaft zustande gekommenen Tarifgesetze unter eine rein gefühlsmäßig aufgefaßte allgemeine Solidarität. War es schon auffallend, daß ein Teil der Gewerkschaft mit der ältesten Tariftradition, des Buchdruckerverbandes, bei dieser Belastungsprobe total versagte, so noch mehr, daß angesehene freie Gewerschaftsorgane den Tarifbruch lebhaft verteidigten. Die „Holzarbeiter-Zeitung" (Nr. 29/1911) tat das unter ausdrücklichem Hinweis auf die Notwendigkeit, auf „die kaum gewonnenen Freunde des Tarifvertrages in unsern Gewerkschaften Rücksicht (zu) nehmen", von denen sonst ernste Schwierigkeiten zu befürchten seien. „. . . wichtiger als alle Berufung auf Text und Kommentar des Tarifes erscheint uns bei unserer Stellungnahme das proletarische Empfinden." (Nr. 35/1911.) Diese Auffassung nötigte dem Vorsitzenden des Buchdruckerverbandes das Geständnis ab: „Es fehlt, nicht nur bei der Masse, das tiefere Eindringen in das Wesen des Tarifvertrages und die Erkenntnis, daß, je vollkommener dieser Vertrag ausgebaut ist, desto gewissenhafter seine Innehaltung erfolgen muß."

Gegen die hier vertretene Auffassung vom Wesen des Tarifvertrags verstoße nun aber nichts mehr als das Verhalten des Buchdruckerverbandsvorstandes selbst, der nach Kräften bestrebt sei, dem von der Allgemeinheit der Prinzipale zur Allgemeinheit der Gehilfen abgeschlossenen Buchdruckertarif seinen Monopolcharakter zu erhalten. In die im September 1911 stattgehabte Tarifrevision sei der Buchdruckerverband mit dem ausgesprochenen Bestreben eingetreten, dem Gutenbergbund auch fernerhin jede Einflußnahme auf die Entwicklung und Handhabung des Tarifvertrags im Buchdruckgewerbe zu verwehren. Nur mit Hilfe eines Teiles der Prinzipalsvertreter sei es schließlich gelungen, dem Gutenbergbund, dessen Tarifreue außer Zweifel stehe, im Tarifausschuß wenigstens eine beratende Stimme zu sichern.

Die schließlichen Folgen dieser Entwicklung ließen sich noch gar nicht übersehen. Unser Kampf gelte der Schädigung der Allgemeinheit und des Gewerbes; er will der Popularisierung des Tarifgedankens in der Form dienen, die allein ihm eine Zukunft und eine gesunde Beeinflussung von Privat- und Volkswirtschaft verbürge. Der Tarif gehört der Allgemeinheit, und diese habe das Recht und die Pflicht, seine Wirksamkeit zu kontrollieren und durch die Einwirkung von Unparteiischen diese Wirksamkeit in gesunde Bahnen zu halten. Wenn manche sozialdemokratische Kreise die in in diesem Sinne unternommene Aktion der christlichen Gewerkschaften eher abfällig beurteilen als unterstützen, so liege das wohl an einer unangebrachten Rücksichtnahme auf die „ehrwürdige" Tariftradition im Buchdruckgewerbe. Das hindere uns natürlich nicht, auf dem als recht erkannten Wege umso energischer vorwärts zu drängen, möge uns auch das wütende Gekläff des „Korrespondent" begleiten. Wenn das Prinzipalsorgan auch jetzt noch seine stereotype Redensart von dem unbefugten Hineinreden Außenstehender in innergewerbliche Angelegenheiten wiederholt, so wird darüber jeder Leser der Broschüre „Buchdruckertarif und öffentliches Interesse" zur Tagesordnung übergehen.

Die Hervorkehrung allgemeiner Gesichtspunkte in der Gewerkschaftsbewegung sei von eminent erzieherischer Wirkung in staatsbürgerlichem Sinne. Unter diesem Gesichtswinkel würde die Gewerkschaftsbewegung heute kaum irgendwo angemessen gewertet. Und doch bot auch das Jahr 1911 wiederum eine bemerkenswerte Gelegenheit, an der Haltung der christlichen Gewerkschaften ihre staatsbürgerlich-erziehe-rische Wirkung zu erproben — an ihrer Haltung zur Gestaltung und Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung. Wiewohl mit Fehlern mancherlei Art behaftet, ragt dieses Gesetzgebungswerk doch als Ganzes über die sozialpolitische Gesetzgebung anderer Länder weit hinaus. Durch nichts könne dies treffender illustriert werden als durch die Tatsache, daß selbst diejenigen Parteien außer der Sozialdemokratie, die eine positive Mitarbeit mehr oder minder verweigert hatten, die Verantwortung, das Gesetz abzulehnen, nicht auf sich zu nehmen sich getrauten. Die Verteidigung aber und der Löwenanteil an der Ausgestaltung des Gesetzgebungswerkes, das immer wieder unter der leidenschaftlichsten Kritik des Radikalismus zusammenzubrechen drohte, blieben in der Hauptsache den christlichen Arbeiterführern überlassen. Dabei waren dieser Ausgestaltung, da sie wegen des Versagens der Linken des Reichstags notgedrungen mit der Rechten erfolgen mußte, die denkbar engsten Grenzen gezogen, sodaß Lorbeeren auf dem Gebiete der Popularität wahrhaftig nicht zu holen gewesen seien. Die christl. Arbeiterschaft aber enttäuschte die von den Führern in ihre staatsbürgerliche Schulung gesetzten Erwartungen nicht, sondern bewies, daß der zum Verständnis für das Kompromiß erzogene Gewerkschaftler auch den staats- und allgemeinpolitischen Notwendigkeiten mit Verständnis gegenüberstehe.

Wie sehr eine Wirksamkeit in diesem Sinne geeignet sei gegenüber der beängstigenden Flut des Radikalismus einen Damm errichten zu helfen, habe im Berichtsjahre die Wirkung der von den christlichen Gewerkschaften mit unternommenen Aktion des Ausschusses des Deutschen Arbeiterkongresses gegen die sozialdemokratische Propaganda zugunsten politischer Massenstreiks in der Marokko-Streitsache ergeben. Die Notwendigkeit der Geschlossenheit der deutschen Nation in der damaligen kritischen Lage gerade unter dem Gesichtswinkel der Arbeiterinteressen könne nicht besser umschrieben werden, als mit folgenden Sätzen des Sozialisten Hildebrand („Sozialistische Auslandspolitik" S. 58), die eigens zur Stellungnahme zum Marokko-Streit geschrieben sind:

„Solange die Existenz der deutschen Arbeiter von der Ausdehnung der deutschen Geschäftsbeziehungen abhängt, reicht es nicht aus, wenn man nur den Kampf um den Anteil am Arbeitsvertrag führt. Der Ertrag und die Arbeit selbst müssen gesichert werden, und darum müssen alle Versuche, die deutsche Volkswirtschaft einzuschnüren, auch von der deutschen Arbeiterklasse bekämpft, alle notwendigen Maßregeln, die deutsche Volkswirtschaft auszudehnen, auch von der deutschen Arbeiterklasse unterstützt werden."

Genau dieselbe Begründung hat die christlich-nationale Arbeiterschaft ihrer Aktion gegeben. Und weil die deutsche Arbeiterschaft allgemein solchen Erwägungen zugänglich ist, änderte die Sozialdemokratie unmittelbar nach Erscheinen des Aufrufs des Deutschen Arbeiterkongresses ihre Taktik: in Deutschland ließ man (auf dem Jenaer Parteitag) die Massenstreikhetzer fallen; innerhalb der sozialistischen Internationale dagegen ging, unter tatkräftiger Mithilfe derselben deutschen Sozialistenführer, die in Jena „dämpften", die Anti-Marokko-Kampagne in schroffster Form weiter.

Diesem Vorkommnis sei deswegen nochmals Erwähnung geschehen, weil seine Begleiterscheinungen überaus typisch seien für die heutige Situation in der deutschen Arbeiterbewegung, weil in ihnen aber auch der Hinweis liege für das, was nottue. Die Aenderung der sozialdemokratischen Taktik erfolgte nicht zuletzt aus der Erwägung heraus, daß auch die sozialdemokratische Arbeiterschaft gegenüber den allgemeinen Gesichtspunkten, wenn sie ihr in geeigneter Weise zugänglich gemacht worden wären, großenteils die radikale Politik abgelehnt hätte. Die Volksstimmung hätte auch sie mitgerissen. Die Masse unseres

Volkes, und mit ihr die Arbeiterschaft, sei eben durchaus nicht für eine vernünftig begründete positive Arbeit verloren, wenn nur der jahrelang systematisch verbreitete Radikalismus, der einstweilen gewissermaßen die Oberfläche in ihrer Denktätigkeit beherrscht, beiseite geschoben werden könne. Der Sozialist Hildebrand kennzeichnet geradezu die Wirkung des rein historisch-ökonomisch begründeten, also des revolutionären, negativ und destruktiv gerichteten Sozialismus auf die allein von ihm geschulte Massenschicht der bewußten Klassenkampfsozialisten dahin, „daß er das Gefühl der sittlichen Verpflichtung auch im Arbeitsprozeß, auch im Kampf mit dem Gegner, auch im Familienleben abstumpft, soweit nicht . . . andere Quellen sittlicher Orientierung sprudeln . . . .“ Solche Quellen sprudeln aber glücklicherweise im deutschen Volke noch allenthalben; nur muß der Zugang zu ihnen gefunden werden. Dies könne aber nur geschehen, wenn den Anhängern der Sozialdemokratie das von dieser bewußt und planmäßig genährte Mißtrauen gegen die sachliche Aufklärung über die tatsächlichen Zusammenhänge unseres Volks- und Wirtschaftslebens genommen wird. Dieses Mißtrauen überwindet nur das in persönlicher Auseinandersetzung gesprochene offene und überzeugte Wort des eigenen Berufsangehörigen, wenn es gestützt wird durch gute Gründe und eine entsprechende persönliche Haltung. Dann schwinde allmählich die Verärgerung; langsam ringe sich die Freude durch an den gewaltigen Errungenschaften deutschen Fleißes und deutscher Beharrlichkeit; der Wille rege sich, mitzuschaffen, und damit sei auch das Verständnis geweckt für die gegebenen und neu erwachsenden Notwendigkeiten des gesamten Volkslebens. Hier liege die historische Bedeutung der christlichen Arbeiterbewegung, die ihr von niemand abgenommen werden kann. Hier seien aber auch ihre Aussichten für eine wirksame Beeinflussung der gesamten kulturellen Entwicklung begründet, die letztere von der Bahn des zersetzenden Radikalismus abzudrängen und mit positiv wirkenden Elementen zu durchsetzen geeignet sei. Von diesem Standpunkte ausgehend, wird die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht aufhören, die weitestgehende Beachtung des ganzen Volkes zu verlangen.

Wesentlich sei aber bei dieser Stellung der christlichen Gewerkschaftsbewegung in der deutschen Arbeiterbewegung, daß sie nicht nur dem Bedürfnis des heutigen Arbeiters nach selbständiger Organisation Rechnung trage, sondern die Organisationsfrage auch in einer Weise löse, daß das Selbstgefühl und die Selbstachtung des Arbeiters nicht darunter zu leiden brauchen. Darauf sei der Nachdruck zu legen. Denn in diesem Lichte betrachtet springe sofort die Unhaltsamkeit des Systems der gelben Organisationen in die Augen, die von dem Arbeiter den Verzicht auf Selbständigkeit seiner Organisation, auf Selbstgefühl und Selbstachtung verlangen. Wer sich darum klar darüber sei, daß in letztern Eigenschaften die unentbehrlichen Elemente der Arbeitsfreudigkeit und der aktiven Anteilnahme am Produktionsfortschritt gegeben sind, wird niemals die Hand zu „gelben“ Experimenten bieten.

Zweimal trat der Ausschuß im Berichtsjahre zu einer Sitzung zusammen, je einmal im Frühjahr und im Herbst. Der Vorstand hielt zwölf Sitzungen ab, um zu den jeweils auftauchenden, die Gesamtbewegung interessierenden Fragen Stellung zu nehmen. Ein großer Teil des Beratungsstoffes mußte wiederum der Besprechung der Reichsversicherungsordnung und den nach ihrer Fertigstellung sich ergebenden organisatorischen Aufgaben gewidmet werden. Dasselbe Thema beschäftigte auch, von verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachtet, die Ausschußsitzungen. Daneben standen in diesen letztern Sitzungen namentlich noch folgende Fragen zur Behandlung: die Aufgaben der einzelnen Verbände gegenüber der Jugend; die Gewinnung geeigneter Funktionäre für die Bewegung; die neuzeitlichen sozialstudentischen Bestrebungen; die Konsumvereinsfrage; das Verhalten im Reichstagswahlkampf.

Schon im letzten Ausschußbericht konnte hingewiesen werden auf die vom Ausschuß dem Gesamtverband zur Ausgestaltung des Generalsekretariats überwiesenen neuen Aufgaben und die Bereitstellung der dafür erforderlichen Mittel. Die Ausgestaltung des Generalsekretariats mit je einem Dezernat für Pressewesen, Jugendarbeit und Organisation des Kartellwesens ist im Anfang des Berichtsjahres erfolgt. Die Herausgabe einer Gewerkschaftskorrespondenz, welche den die christlichen Gewerkschaften mit ihrer Sympathie begleitenden Tageszeitungen, den Gewerkschaftsfunktionären und sonstigen Interessenten wöchentlich zugestellt wird, um zu Tagesfragen, Angriffen auf die christliche Gewerkschaftsbewegung rc. Stellung zu nehmen, wie überhaupt der Aufklärung über diese Bewegung zu dienen — die Herausgabe einer solchen Korrespoondenz entsprach dem tatsächlichen Bedürfnis. Das ist geradezu schlagend bewiesen worden durch die Notwendigkeit, die anfänglich 600 betragende Auflage der Korrespondenz inzwischen auf das Dreifache zu erhöhen.

Bei dem Versuch der Organisierung des Kartellwesens hat sich auf Grund des zu diesem Zwecke eingezogenen umfassenden Materials als hervorstechendstes Merkmal der Mangel an Einheitlichkeit ergeben. Diesem gilt es daher abzuhelfen. Ein erster Schritt auf diesem Wege ist die Vereinheitlichung des geschäftlichen Apparates der Kartelle, damit zunächst einmal dieser in möglichst weitem Umfange statistisch erfaßt und den steigenden Bedürfnissen entsprechend ausgebaut werden kann. Auch auf dem Gebie der propagandistischen Tätigkeit läßt sich, unter selbstverständlicher Wahrung der in den verschiedensten Bezirken vorherrschenden eigenartigen Verhältnisse — deren Umfang und Einfluß indes meist viel geringer sind, als man sich vielfach vorstellt —, durch Vereinheitlichung unter Benutzung der bereits an verschiedenen Orten gemachten Erfahrungen hinsichtlich der größeren Planmäßigkeit sehr vieles tun. Das ist namentlich bezüglich der sozialen Wahlen der Fall, deren Wichtigkeit unter der Reichsversicherungsordnung beträchtlich zugenommen hat.

Was den Schriftenverlag anbelangt, so ist im Berichtsjahre, auf den gesamten seitherigen Umsatz berechnet, ein Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben erzielt worden.

Außer den Flugblättern und den bereits genannten Broschüren über die Reichsversicherungsordnung, die Jugendfrage, die Ortskartelle und dem Adressenverzeichnis erschienen im Berichtsjahre ein Literaturverzeichnis zur Orientierung über die, die christliche Gewerkschaftsfrage von den verschiedensten Seiten beleuchtende Literatur, sowie zum Nachweis über das von den christlichen Gewerkschaften selbst herausgegebene Schriftenmaterial; dann das Jahrbuch für 1912 in 20000 Exemplaren und endlich eine Broschüre zur Aufklärung über die tariflichen Zustände im Buchdruckgewerbe unter dem Titel: „Buchdruckertarif und öffentliches Interesse“ (Aufl. 7000 Exempl.).

Die Kasse des Gesamtverbandes schließt wie folgt ab:

Einnahmen	134 911.69 M.
Ausgaben	118 653.19 M.
Bestand am Jahresabschluß 1911	16 258.50 M.

Anläßlich der Tabakarbeiteraussperrung in Westfalen waren an Sammelgelder bis zum Schlusse des Jahres 20 786.32 M. eingegangen, eine Summe, die sich bis zum 28. März 1912 auf über 35 000 M. erhöht hat. Diese Beträge sind den Tabakarbeitern überwiesen worden und daher bei der Abrechnung außer Betracht geblieben.

Streikbrecher.

Die Sozialdemokratie hat ihre liebe Not, über die jammervolle Niederlage beim Ruhrbergarbeiterstreik hinweg zu kommen. Mit sachlichen Gründen läßt sich der begangene Frevel nicht verteidigen; deshalb versucht man mit leidenschaftlichen Angriffen gegen die christlichen Gewerkschaften und maßlosen Beschimpfungen der christlichen Arbeiterführer die Massen auf andere Gedanken zu bringen. Christliche „Arbeiterverräter“, „Judasse“, Unternehmerschutztruppe“, christliche „Streikbrecher“, so kreischt es uns aus dem sozialdemokratischen Lager lauter wie sonst entgegen. Mit ganz besonderem Fanatismus versucht man den christlichen Gewerkschaften den Makel des Streikbruchs anzuheften. Dieser Vorwurf kehrt in ungezählten Variationen wieder.

Für jeden vernünftigen Menschen und halbwegs geschulten Gewerkschaftler ist es klar, daß bei dem Verhalten des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter von einem Streikbruch absolut keine Rede sein kann. Der Gewerkverein als durchaus selbständige Organisation hatte keinen Streik beschlossen, mithin konnten seine Mitglieder auch keinen brechen. Auf demselben Standpunkt stehen auch die sozialdemokratischen Gewerkschaften, wenn es sich um ihre Organisationen handelt, und was denen recht ist, muß andern billig sein.

Das jetzige rote Streikbruchgeheul ist aber nicht nur widersinnig, sondern auch höchst unklug. Denn wer im Glashause hockt, soll nicht mit Steinen werfen. Wenn die Sozialdemokratie ihre moralische Entrüstung und Erziehungskunst dem Streikbrechertum widmen will, hat sie Objekte in Hülle und Fülle im eigenen roten Lager. Da wimmelt es geradezu von Streikbrüchen; solchen aus hinterlistiger Bosheit wie solchen aus Feigheit. Um den roten Blättern und Agitatoren begründete Unterlagen zur moralischen Entrüstung über wirkliche Streikbrecher zu schaffen, wollen wir in den roten Streikbruchsumpf hineingreifen und einige Fälle in die Erinnerung zurückrufen.

Ein Maurerstreik in Augsburg 1906 ging durch rote Streikbrecher verloren. „Tiefbedauerliche Momente“ nannte dies die sozialb. „Münchener Post“ und schrieb u. a. Nr. 237, 1906: „Einstimmig wurde beschlossen, die Arbeit niederzulegen. Einmütig setzten am nächsten Tag die sämtlichen 45 Streikbrecher, einschließlich des Ausschusses, den Streikbruch fort. Um ein vollständiges Bild zu geben, sei noch mitgeteilt, daß die „Ehrenmänner“, die den offiziellen Streikbruch organisierten, auch jetzt noch den Ausschuß der Zahlstelle Augsburg des deutschen Stukkateurverbandes bilden. Dieser schmähliche Verrat der Weißputzer wirkte selbstverständlich auch demoralisierend auf die Streikenden, sodaß auch von diesen einige abfielen. Die „Herren Poliere“, 93 an der Zahl, versahen sich fast ausnahmslos mit Maurerschürzen und arbeiteten als Streikbrecher.“ — Rote Streikbrecher!

Aehnlich ging es in Regensburg, worüber der sozialdemokratische „Grundstein“ Nr. 26, 1906 schreibt: „Die Sache ist die, daß die im (sozialdem.) Stukkateurverband organisierten Fassaden- und Innenputzer als Streikbrecher auftraten. Wohlgemerkt, es sind keine Christlichen, sondern die im (sozialb.) Zentralverband der Stukkateure organisierten Putzer, die fast alle Maurer und zum großen Teil auch früher Mitglieder unseres Verbandes waren.“

Am Neubau des sozialb. Gewerkschaftshauses in Weimar 1907 streikten die „freien“ Bauhülfsarbeiter. Da kamen die ebenso „freien“ Maurer, besetzten auf Geheiß ihrer Organisation die Plätze und bereiteten den „um ihr Recht kämpfenden“ eine komplette Niederlage. — Rote Verräter!

Bei der Firma Steneberg in Barntrup (Westf.) streikten 1908 die Tabakarbeiterinnen. „Doch die (frei organisierten) Sortierer — so schreibt die sozialb. Bielefeleer „Volkswacht“ Nr. 211, 1908 — arbeiten nicht nur weiter, sondern machen jetzt sogar Kisten (Streikarbeit), da sie keine Zigarren zu sortieren haben. Traurig! Die Mädchen nehmen mutig den Kampf auf, organisierte Sortierer fielen ihnen in den Rücken und üben Verrat.“ — Rote Unternehmerschutztruppe!

Der sozialdemokratische „Bauhülfsarbeiter“ sang in seiner Nr. 27, 1906 folgendes Klagelied über sozialdemokratische Streikbrecher und Arbeiterverräter. „Als einen Skandal bezeichnet der „Grundstein“ die Tatsache, daß Mitglieder des Stukkateurverbandes streikenden Maurern in den Rücken fallen und die Arbeit der Streikenden fortsetzen. — Wir sind derselben Meinung und bedauern es auf das lebhafteste, daß in einer gewerkschaftlich so hoch entwickelten Zeit eine solche Nichtachtung solidarischer Grundsätze unter organisierten Arbeitern noch anzutreffen ist. Diese Tatsache muß für die zentralorganisierten Gewerkschaften um so beschämender sein, als es sich dabei wirklich nicht nur um einige Ausnahmefälle handelt. — Während der diesjährigen Lohnbewegungsperiode sind uns aus den verschiedenen Streikorten wiederholt Anklagen wegen Verstoßes gegen den Kartellvertrag und Streikbruchs, verübt von Mitgliedern des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, zugegangen. . . . In letzter Zeit werden uns wiederholt die schwersten Verstöße gegen die Solidarität mitgeteilt, die (sozialb). organisierte Maurer in Legnitz, Guben, Greiz, Halle a. S. und Cottbus verübt haben und noch verüben, trotzdem sie auf ihre verwerfliche Handlungsweise aufmerksam gemacht worden sind.“ — Rote Schänder der Solidarität!

In Nr. 28, 1906 berichtet dasselbe „freie“ Gewerkschaftsblatt: „Der Streik in Guben ist aufgehoben. Daß wir den Kampf aufgeben mußten, daran tragen diejenigen (sozialb.) organisierten Maurer die Schuld, die nicht nur in gröblicher Weise die Bestimmungen des Kartellvertrages verletzten, sondern auch noch bei der Anwerbung von Streikbrechern behülflich waren und solche als Maurer verkleidet von auswärts mit auf die Arbeitsstelle brachten.“ — Neue Streikbruchwerber!

Allgemein bekannt ist der wiederholte Streikbruch und Arbeiterverrat des roten Metallarbeiterverbandes in der Solinger Stahlwarenindustrie. Die sozialdemokratische „Bergische Arbeiterstimme“ schrieb im Mai 1905: „Das Verhalten des deutschen (lies roten) Metallarbeiterverbandes übersteigt alle Grenzen. Immer hackt er auf den Christlichen herum und bezichtigt sie als Streikbrecher. Er (der Metallarbeiterverband) habe kein Recht, dies zu sagen. Der Metallarbeiterverband treibe in Solingen organisierten Streikbruch und Arbeiterverrat und liefere die Arbeiterschaft dem schlimmsten Gegner der Organisation, dem Unternehmer Hammesfahr aus.“ — Rote Streikbruchgenerale! Das Schöffengericht in Solingen wies im Jahre 1908 eine Klage von vier Vorstandsmitgliedern des roten Metallarbeiterverbandes gegen den Redakteur des „Stahlwarenarbeiter“ Ernst Ern in Solingen mit folgender Begründung ab: „Das Gericht erachtete auf Grund der Beweisaufnahme der Zeugenvernehmung und der vorgelegten Briefe dafür, daß der Metallarbeiterverband hier in beiden Streikfällen die Messerschleifer und die übrigen Lokalgewerkschaften tatsächlich verraten bezw. den Messerschleiferverein im Rücken angefallen hat, für erbracht und so ferner für erwiesen, daß der Vorstand in Stuttgart von diesen Vorkommnissen unterrichtet war, das unsolidarische, verräterische Verhalten der Solinger Leitung des Metallarbeiterverbandes aber nicht verhinderte und sich dadurch zum Mitschuldigen machte! — Roter Arbeiterverrat en gros!

Gelegentlich des 16wöchentlichen Formertarifkampfes 1906 in Velbert hat der sozialb. Metallarbeiterverband mit W[illegible]sen seiner Beamten Walbrecht, Ströel und Haas Streikbrecher gestellt. Beweis: Gerichtsverhandlung gegen genannte Beamte, die am 21. November 1905 in Velbert stattfand.

Bei dem Berliner Rohrleger-Tarifkampfe 1908 hat die Berliner Ortsverwaltung Quertreibereien getrieben, die in der Urteilsbegründung als Verrat bezeichnet wurden. Beweis: Gerichtsverhandlung Berlin Oktober 1909.

In Wiesbaden ging 1906 ein Malerstreik durch Ausreißer verloren. In einer Sitzung des sozd. Gewerkschaftskartells wurde, wie das Verbandsorgan des sozialb. Malerverbandes, „Der Vereinsanzeiger“ (Nr. 29, 1906) berichtet: „Dieser große Disziplinbruch aufs allerentschiedenste verurteilt.“ Der Delegierte der streikbrecherischen Sozi habe darauf erklärt: „Die Mitglieder hätten auf Anweisung des Zentralvorstandes Streikbruch verübt.“ Dazu bemerkt das sozialb. Gewerkschaftsblatt: „was wir im vornherein vermutet haben, ist in eklatanter Weise bewiesen worden. Die treibende Kraft für diese elende Verräterei ist im Zentralvorstand der (sozialb.) Stukkateure zu suchen. . . . Wir möchten nun hiermit alle unsere Mitglieder . . . . warnen, dieser verräterischen Clique, die sich in der (sozd.) Stukkateurorganisation breit macht, Gefolgschaft zu leisten. — Rote Streikbruchorganisation!

In Emden ließ der sozialb. Holzarbeiterverband im Jahre 1904 seine Mitglieder Zimmerarbeiten verrichten, obwohl die sozialb. organisierten Zimmerer im Streik standen. Der Kampf ging durch die roten Streikbrecher verloren.

Der Berliner Modellstreik Sommer 1905 ging nur dadurch verloren, daß die Mitglieder des roten Holzarbeiterverbandes aus anderen Städten Streikarbeit nach Berlin lieferten, obwohl die Führer davon Kenntnis hatten.

Bei der großen Aussperrung in der Berliner Holzindustrie Frühjahr 1907 hatte der deutsche Holzarbeiterverband nach dem Bericht der roten „Holzarbeiterzeitung“ über tausend Streikbrecher aus eigenen Reihen zu verzeichnen. — Rote Erziehungsfrüchte!

Der rote Maurerverband sah beim Berliner Bauarbeiterstreik 1907 über 5000 (Fünftausend) seiner Lieben dem Streikbruch huldigen. Ueber diesen Kampf veröffentlicht das Organ des roten Stukkateurverbandes in Nr. 34 vom 24. August 1907 eine Statistik, in der es nachweist: Daß beim Stukkateurstreik in Berlin 1903 auf je 100 zu den neuen Bedingungen arbeitende Stukkateure 38 rote Streikbrecher kamen, daß aber beim Bauarbeiterstreik 1907 auf je 100 zu neuen Bedinungen arbeitende sozialdemokratiche Maurer 53 Streikbrecher des sozialdemokratischen Maurerverbandes kamen. — Szialdemokratische Unternehmerschutztruppen!

Beim Bauarbeiterstreik im Bergischen Land (Velbert-Heiligenhaus) 1909 spielten die roten Zimmerer die Ausreißer. „Die Zimmerleute sagen selbst, daß sie sich wie Streikbrecher vorkämen“, schreibt der rote „Grundstein“ Nr. 44, 1909, und fährt fort: „Die Zimmerleute haben während unseres jetzt schon 11 Wochen dauernden Streiks permanent gearbeitet“.

Nach einer Broschüre der Anarcho-Sozialisten sagte Bauer (vom Brauerverband) auf der Gewerkschaftskonferenz — Februar 1906 in Hamburg folgendes: „In Worms hat sich ein Vertreter des Verbandes der (roten) Handels- und Transportarbeiter zur Herbeischaffung von Streikbrechern bereit erklärt; gleiche Fälle haben sich in Mainz und Nürnberg ereignet. — Deinhart (Holzarbeiterverband) rief aus: „Diese Dinge stinken zum Himmel." — Rote Streikbruchagenten!

Der Zentralverband der christlichen Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter stand 1908 in Montabaur im Lohnkampf. Der Zuzug Arbeitswilliger war sehr stark. Die Streikleitung stellte fest, daß viele Rotorganisierte darunter waren. Ebenso waren es sozialdemokratische Bauarbeiter, die den streikenden christlichen Maurern 1907 in Aachen in den Rücken fielen.

Die anarcho-sozialistische „Einigkeit" berichtet 1907 von einem roten Streikbruch in Hamburg. Die freie Vereinigung verhängte über eine Abbruchstelle wegen Fehlens sämtlicher Schutzvorrichtungen und wegen Maßregelung die Sperre. Der rote Verbandsbeamte Hüßmeier bot dem Unternehmer sofort eine Anzahl arbeitswilliger Verbandskollegen an und erklärte, „wegen der Sperre brauche sich der Unternehmer keine grauen Haare wachsen zu lassen." Die „Einigkeit" fügt noch hinzu, daß eine bei den Unternehmern gebräuchliche Redensart gegen widerspenstige Elemente lautet: „Wenn Ihr mit Eurem Kopf durchwollt, dann schicke ich nach dem Gewerkschaftshause". — Rotes Streikbrecherbüro!

Im Jahre 1907 streikten in Höchst die Maler und Weißbinder. Da ging der sozialdemokratische Streikleiter hin und vermittelte Arbeitswillige Provision (50 Mk. Pauschale und drei Mark pro Kopf des Streikbrechers), hatte auch Erfolg und verhalf den Unternehmern zum Sieg. — Rote Streikbruchagenten!

Im Jahre 1903 streikten in Grätz die christlich organisierten Maurer. Der sozialdemokratische Verband zog mit Wissen des Gaubeamten 33 Verbandsmitglieder aus einer Nachbarzahlstelle nach Grätz und ließ diese auf den gesperrten Bauten arbeiten. Dadurch ging der Streik für die christlichen Arbeiten verloren. — Rote Streikbruchsekretäre!

Der „Zimmerer" berichtet in Nr. 33 1905 über einen vom roten Maurerverband verübten organisierten Streikbruch in Meißen.

Laut „Märkische Volksstimme" Nr. 31, 1910 konstatierte der Gauleiter des roten Transportarbeiterverbandes in Cottbus, „daß langjährig organisierte Kollegen sich dazu hergegeben, Arbeitswillige zu spielen, der Julius H. sei ebenfalls den Kollegen in den Rücken gefallen".

Ein Malerstreik in Essen im Jahre 1904 mußte deshalb abgebrochen werden, weil sich 70 Streikbrecher gefunden hatten, davon gehörten 62 dem „freien" Malerverband an. Weiterstreiken war infolgedessen zwecklos.

Der Vorsitzende des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter schreibt in Nr. 8, 1908 der „Gewerkschaft" über den verloren gegangenen Gasarbeiterstreik in Halle: „Der Streikbruch der eigenen Verbandsgenossen hat dieses traurige Schicksal herbeigeführt. Diese gebärdeten sich zuerst recht radikal und stimmten für den Streik, hernach fielen sie den Streikenden in den Rücken und setzten sich in deren bessere Stellen fest". — Rote Judasse!

Der soziald. „Kurier" Organ des Transportarbeiterverbandes (Nr. 25, 1908) erklärt in einer Polemik gegen den roten Brauereiarbeiterverband: „Von unserer Mitteilung, daß der Bezirksleiter der Brauer den Streikbrecher-Lieferanten gemacht hat, haben wir kein Wort zurückzunehmen". — Rote Streikbrecherlieferanten!

Als im Jahre 1909 die christlich-organisierten Steinarbeiter in Solnhofen-Mörnsheim zwecks Abwehr von Verschlechterungen in den Ausstand eintraten, da machten sozialdemokratische Verbändler die Ausreißer und Streikbrecher.

Organisierter Streikbruch wird von der „Ameise" (Nr. 51, 1911), dem Organ des sozialdemokratischen Porzellanarbeiterverbandes, dem sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverband nachgewiesen. Ein Streik in Elmshorn, der vom Porzellanarbeiterverband geführt wurde, ging durch Arbeitswillige des „freien" Fabrikarbeiterverbandes verloren. Die Ausflüchte des letzteren läßt die „Ameise" nicht gelten, sondern stellt fest: „. . . Das ist und bleibt Streikbruch, organisierter Streikbruch, wofür wir von Anfang an die Verantwortung nicht dem einzelnen, sondern der Organisation zugewiesen haben, die diesen Streikbruch organisiert und begünstigt hat." — Also nicht das einzelne Mitglied, sondern die Organisationsleitung ist schuldig. — Streikbruchorganisation.

Bei dem Streik auf den Schichauwerften 1912 wurden nach einem Bericht der sozialdemokratischen Metallarbeiter-Zeitung (Nr. 12, 1912) in den ersten fünf Streiktagen zu Streikbrechern: Von 1762 freien Verbändlern 253, von 927 Hirsch-Dunkerschen 392, während sich von 260 christlich Organisierten nur 9 durch den Umfall ihrer Mitarbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit verleiten ließen. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverbandsbeamte Schulze konnte nicht umhin, dem standhaften Verhalten der christlichen Arbeiter in öffentlicher Versammlung seine Anerkennung auszusprechen.

Großes Aufsehen rief kürzlich noch der sozialdemokratische Streikbruch im roten Volkshaus in Gotha hervor. Dort streikten — wie bezeichnend für rote Theorie und Praxis — die Kellner um eine Verbesserung ihrer Lebenslage. „Genossen", darunter sogar ein sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter, machten die Rausreißer. Und — das ist das allerschönste, — nun kam die sozialdemokratische Parteipresse und suchte diesen Streikbruch zu verteidigen. — Rote Doppelmoral!

Damit wollen wir es vorläufig zur Illustration sozialdemokratischer Streikbruchmoral genug sein lassen. Es sind nur vereinzelte Fälle aus dem fast unübersehbaren Material, es sind nur einige Blasen aus dem roten Streikbruchsumpf. Auf Wunsch können wir noch mit mehr dienen. Man ersieht aus dem Angeführten, mit welchem Recht die Sozialdemokraten andere Leute als Verräter und Streikbrecher beschimpfen! Diese Heuchler und Pharisäer! Wenn sie mit dem Aufwand ihrer ganzen Stimmittel den christlichen Arbeitern immer wieder „Streikbrecher" und „Verräter" zurufen, machen sie es wie der Kuckuck, sie rufen ihren eigenen Namen.

Lohnbewegungen und Differenzen.

Mit gutem Erfolg haben unsere Kollegen der Maßbranche in Aschaffenburg einen Tarifvertrag mit den dortigen Firmen abgeschlossen.

Verbandsnachrichten.

Mitglieder! wahrt Euch durch pünktliche Beitragszahlung Eure Rechte an den Verband. Wer mit seinen Beiträgen sich im Rückstande befindet, hat seinen Anspruch auf Unterstützung verwirkt.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 18. Wochenbeitrag für 1912 und der letzte Extrabeitrag fällig, worauf wir unsere Mitglieder in ihrem eigenen Interesse aufmerksam machen.

* * *

Folgende Zahlstellen haben bis zum 29. 4. 1912 fürs 1. Quartal abgerechnet: Augsburg, Baden-B., Enchenreuth, Heilbronn, Ichenhausen, Laupheim, Kempten, Pforzheim. — Erlenbach, Eisenbach, Gr.-Wallstadt, Jügesheim, Kl.-Wallstadt, Landau, Leidersbach, Mainz, Offenbach, Obernau, Sulzbach, Speyer, Steinweiler, Schwanheim, Schweinfurt, Wenigumstadt. — Buer, Bochum, Essen, Rheydt. — Aurich, Norden. — Dresden, Graudenz.

* * *

Adressenänderung.

Aschaffenburg. Die Reiseunterstützung wird bei Kollegen J. Damer, Roßmarkt 5, nur Mittags von 12—1 Uhr ausbezahlt. Vorsitzender Kollege W. Kämmer verzogen nach Pfaffengasse 7.

Der Zentralvorstand.
J. A.: A. Schwarzmann.

Aus den Zahlstellen.

Bad Kissingen. Wie schon im vorigen Jahre, so arbeiten auch dieses Jahr die Genossen in unserem Badeort an der Verdrängung der Mitglieder unseres Verbandes nach dem Grundsatz: „Willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein." Kaum ist die Badesaison wieder eröffnet, so macht sich die Brüderlichkeit der Genossen unseren Kollegen gegenüber auch schon bemerkbar. Diese sozialdemokratische Brüderlichkeit sollte am 17. April auf der Werkstätte der Firma Kissinger ein Verbandskollege G. am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Derselbe trat am 15. April bei genannter Firma in Arbeit. Als die Genossen merkten, daß ein Christlicher auf der Werkstätte ist, begann der Streit, der zu Tätlichkeiten ausartete, als zwei Tage später noch ein christlicher Kollege bei der Firma in Arbeit trat. Unser Kollege G. erhielt, als er mit Nachdruck gleiches Recht für alle verlangte, von einem der Genossen zwei Ohrfeigen und einen Schlag auf den Mund.

Um die Firma in keine Ungelegenheiten zu bringen, verließen unsere Kollegen die Stätte, in welcher Freiheit, (lies Frechheit) Gleichheit und Brüderlichkeit in so schlagender Weise eine Stätte aufgeschlagen haben und suchten sich einen Sitzplatz. Wenn die Genossen glauben, mit ihren Rohheiten die Christlichen aus Kissingen zu vertreiben, so geben sie sich einer Täuschung hin. Wir sind nicht gesonnen, uns von den Genossen das Recht streitig machen zu lassen, dort Arbeit zu nehmen, wo es uns beliebt, und selbst wenn dies in Kissingen sein sollte. Das mögen sich die Genossen merken.

Verbandsmitglieder, die während der Badesaison in Kissingen in Arbeit treten wollen, sollen sich durch dies Vorkommnis nicht abhalten lassen, hierher zu kommen, auch hier sind die Genossen nicht Alleinherrscher. Je mehr unsere Reihen durch Zuzug gestärkt werden, desto sicherer wird unsere Position und desto energischer können wir die Genossen in ihre Schranken zurückweisen. Kollegen, welche hier Arbeit nehmen wollen, tuen gut, sich frühzeitig bei Kollegen Val. Müller, Werdgasse 4, zu melden. Derselbe ist gerne bereit, jede Auskunft über Arbeitsgelegenheit zu erteilen.

Leipzig. Die am Dienstag den 23. April im Mariengarten stattgefundene Versammlung gestaltete sich zu einem Protest gegen die Verlogenheit des freien Verbandes. Wenn man das Gebaren des fr. Verbandes am Orte betrachtet, möchte man glauben, bereits in der Zeit der heißen Hundstage zu leben. Ein Mangel an Agitationsstoff, um seine Mitglieder warm zu halten, scheint bei ihm eingetreten zu sein, deshalb versuchen die Beamten, das Steckenpferd vom Umfall des christl. Schneiderverbandes zu reiten. Aber immer vorsichtig daß nichts passiert, wird hinterücks geschimpft, um ein Ablenkungsmittel für die gegen die roten Beamten erregte Masse zu haben, und in der Regel fällt die verblödete Masse auf diesen Schwindel gründlich hinein. Der Gauleiter Schaertl und der erste Lokalbeamte Ploog hatten sich in der am dritten Ostrefeiertage vom freien Verband stattgefundenen Versammlung derart über unsern Verband ausgelassen, daß wir es für notwendig hielten, dieselben aufzufordern, ihre Behauptungen zu wiederholen und Rede und Antwort zu stehen. Aber siehe da, die Herren die so stolz die Verleumdungen aussprachen, schlug auf einmal das schlechte Gewissen und teilten uns mit, unsere Versammlung nicht besuchen zu können. Der Gipfel der Feigheit ist damit erreicht worden. Eine Unverschämtheit ist es in den Versammlungen Mitglieder, welch noch jung in der Organisation sind aufzufordern sich mit den roten Beamten herumzuschlagen, da sind jene Leute wirklich stark darin, aber eine sachliche Diskussion mit Vertretern unseres Verbandes zu riskieren, da sind sie die reinsten Jammergestalten. Die Vorgänge werden auch den Mitgliedern des fr. Verbandes zu denken geben und wissen was von derartigen Behauptungen zu halten ist. Es wurde folgende Resolution angenommen.

„Die heute im Mariengarten gut besuchte Mitgliederversammlung erklärt einstimmig nach einem Referat des Kollegen Nolte-Breslau über das Thema:

Der Kampf im Schneidergewerbe um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse und die Verleumdungen von seiten des sozialdemokratischen Verbandes.

1. Wir sind überzeugt, daß der christliche Schneiderverband auch bei der diesjährigen Frühjahrsbewegung wieder gute Erfolge für die Mitglieder erzielt hatt. Der gesamte Erfolg ist besonders dem taktischen Verhalten des Hauptvorstandes des christlichen Verbandes zu verdanken und stellen wir demselben unser volles Vertrauen aus. 2. Das Nichterscheinen der Beamten des sozialdemokratischen Verbandes Schaertl und Ploog, welche zur heutigen Versammlung mittels eingeschriebenen Briefes eingeladen wurden, um eine Beschuldigung unseres Verbandes zu wiederholen und Rede und Antwort zu stehen, betrachtet die Versammlung als eine Feigheit. Es ist eine hinterlistige Handlungsweise über uns zu schimpfen, wenn kein Vertreter von uns anwesend ist. 3. Die Versammlung verspricht einmütig für die Stärkung unseres Verbandes Sorge zu tragen, um stets der sozialdemokratischen Hetze entgegentreten zu können.

München. Nach langer Zeit haben sich die Stürme gelegt, um dem Frieden innerhalb unseres Gewerbes wieder Raum zu geben. Und wenn wir uns fragen, ob dies alles notwendig gewesen war nach so langer Tarifvertragsdauer, dann müssen wir mit einem entschiedenen Nein diese Frage beantworten. Und zur Bekräftigung dieses wollen wir einen kleinen Rückblick werfen auf die Zeiten unseres ersten Tarifvertrages. Man schrieb sich 1899 als die Schneidergesellen Münchens sich mit Hilfe der Organisation aufrafften, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Allerdings konnte von unserm jetzigen Verbande dortmals noch nicht gesprochen werden, trotzdem aber entwickelten unsere Kollegen innerhalb des Vereins „Arbeiterschutz" beachtenswerte Tätigkeit, was aus den damaligen Protokollen ersichtlich ist. Und es gelang den Gesellen, nach hartem Kampfe einen Tarifvertrag zum Abschluß zu bringen, der eminente Lohnverbesserungen aufzuweisen hatte. Allerdings stand dortmals die Gehilfenschaft der organisierten Arbeitgebergruppe noch nicht gegenüber, wie das heute der Fall ist. Das eine steht jedoch fest, daß die 9wer Tarifbewegung den ersten Anstoß zur Gründung des heutigen Arbeitgeberverbandes (Adav) gegeben hatte. Das mußten die Gehilfen bei der Lohnbewegung vom Jahre 1902 merklich spüren, denn bei diesem Kampfe zeigte sich bereits zum erstenmal die Macht des organisierten „Kapitals". Nach mehrwöchentlichem Kampfe mußten die Gehilfen die Arbeit zu bedeutend reduzierten Tarifsätzen aufnehmen. Und daß die Arbeitgeber noch nicht satt waren von ihrem ersten Erfolge, bewiesen zur Genüge die Aussperrungen von 1905 und 1907, wo das gleiche in vielen anderen Städten durchgeführt werden sollte wie 1902 in München. Erst nach 6 Jahren, also 1908 traten dann die Münchener neuerdings in eine Lohnbewegung ein um das wieder wett zu machen, was 1902 genommen wurde. Wenn nun auch von keiner Niederlage gesprochen werden konnte wie 1902, so war der Erfolg doch so minimal, daß an eine Gleichstellung der Lohnsätze von 1899 auch nicht im geringsten gedacht werden konnte.

Inzwischen konnten wir auf wirtschaftlichem Gebiete eine Verschiebung der Verhältnisse warnehmen, die dazu angetan war, nicht aus Lust zum Kampfe, sondern aus berechtigten Ursachen 1912 in eine Bewegung zur Erhöhung der Löhne einzutreten. Aus diesem Grunde wurde an den sozialdemokratischen Verband von uns am 22. Mai 1911 ein Schreiben gerichtet mit der Anfrage, ob die Bewegung nicht gemeinsam geführt werden könnte. Wir ließen uns dabei von dem Gedanken leiten, daß dem organisierten Kapital auch eine einheitliche Gehilfenmacht gegenüberstehen muß, um so mehr, als die früher gemachten Erfahrungen lehrten, daß in solche Zeiten es gar nicht notwendig ist, daß die Arbeiterschaft unter sich uneinig ist im Vorgehen, da letzteres Arbeitgeberseits genügend ausgenützt und besorgt wird. Auf diesen unsern Brief lief am 27. Mai ein Schreiben vom sozialdemokratischen Verband ein, des Inhalts, daß man wohl gemeinsam vorgehen könne, wenn wir ihnen mitteilen, welche Vertretung unsere Organisation in der zu bildenden Tarifkommission beansprucht. Ein Beschluß über eine Lohnbewegung in der Herrenmaßbranche sei ihrerseits noch **nicht** gefaßt!!! Auf dieses Schreiben antworteten wir, daß die Zusammensetzung der Kommission im Verhältnis von 1 zu 3 wohl angebracht sei. Unserseits mußte so gehandelt werden, weil wir eine ziemliche Zahl von Mitgliedern beschäftigt haben in Tarifgeschäften und diese auch ein Interesse daran haben, wie ihre Wünsche im Tarif vertreten werden. Anderseits kann bei einem ernsten Wollen die Zusammensetzung der Tarifkommission für ein gemeinsames Zusammengehen nicht ausschlaggebend sein, vorausgesetzt, daß man solches nicht in passender Weise hindert.

Am 26. Juli erhielten wir nun vom sozialdemokratischen Schneiderverband ein Schreiben mit dem Inhalt, daß eine Mitgliederversammlung dem gemeinsamen Zusammenarbeiten zugestimmt hat. Bezüglich der Zusammensetzung der Komission finde eine gemeinsame Sitzung statt, wovei Zeit und Ort uns bekannt gegeben wird. Am 17. August erhielten wir per Karte die Nachricht, daß am 21. August abends 8½ Uhr die in dem Schreiben vom 26. Juli erwähnte Sitzung stattfinde. Durch Krankheit des Geschäftsführers nahmen der Vorstand und zwei weitere Mitglieder an der Sitzung teil. Das Resultat war, daß die Genossen pro Klasse und Stückbenennung (Großstück, Hosen, Weste) je 2 Mann stellen, ebenso für Uniform je 2 Mann, also in Korpore 30 Zivil- und 6 Uniformschneider. Den Christlichen wurden 3 (!!!) Vertreter zugestanden, 1 für Großstücke in allen Klassen, 1 für Hosen und 1 für Westen ebenso. Bei Uniformen haben wir nichts mitzureden, so muß nämlich gefolgert werden, weil wir hier überhaupt keinen Vertreter zugestanden erhielten. An dieser Zusammensetzung änderte auch die anderen Tags gepflogene mündliche Aussprache unseres Geschäftsführers mit Genossen Tauschek nichts, letzterer erklärte nur, er wolle versuchen, daß wir mehr Vertreter erhielten. Der Erfolg des „Versuches" ist selbstverständlich ausgeblieben, und wir waren diesmal selbständig genug, auf Grund dieses „Erfolges" hin unsere eigenen Wege zu gehen. Wir bildeten eine Kommission für uns, und arbeiteten die Tarife aus und nach deren Fertigstellung schrieben wir am 28. Oktober an den sozialdemokratischen Verband, ob es nicht möglich wäre, in einer gemeinsamen Sitzung die Tarife zu vergleichen, um so noch eine einheitliche Arbeit zu ermöglichen. Der unterm 24. Oktober an uns gerichtete Brief besagt nun, daß ein Vergleichen der Tarife in anbetracht der zahlreichen Positionen das gewünschte Resultat doch nicht erzielt, weil anderseits man uns auch nicht zumuten könne, das anzunehmen, was die Genossen aufstellten. Daß bei dem Verhalten der Herren vom roten Coleur ein anderes Resultat nicht erzielt werden konnte, das wußten wir, daß die Herren dazu getrieben wurden, unsere Selbständigkeit zu respektieren ist für uns ein Erfolg. Das geht am besten daraus hervor, daß in dem Schreiben vom 24. Oktober noch der Beisatz stand, daß über die sonst die Tarifbewegung berührenden Fragen man sich noch verständigen könne. Also man wußte, daß Einigkeit notwendig sei, man wollte aber diese mit den Christlichen nicht haben, bis unsere Selbständigkeit die Herren zu einer besseren Einsicht trieb. Wir wurden auch einmal am 21. Mai zu einer gemeinsamen Sitzung eingeladen, um betreffs der Kündigung einen einheitlichen Termin festzulegen. Mit Pathos wurde uns dann gesagt, was wir schon vor langer Zeit wußten, nämlich, daß am 1. Dezember der Tarif gekündigt wird und mit Recht sagten wir uns, daß es gar nicht nötig gewesen wäre, hiermit die Zeit zu versäumen. Die Tarifkündigung verlief unsererseits ohne jede Störung. Nun kommen die Verhandlungen selbst mit den Arbeitgebern, wir stellten unsere Vertreter, die ganzen Sitzungen waren jedoch nutzlos, und der Tarif wanderte nach Frankfurt. Den Erfolg wissen die Kollegen. Am 1. März

wurde die Arbeit niedergelegt, von uns sind vor der Bewegung schon ca. 70 Kollegen abgereist, 82 traten in den Streik, zur Eintragung in die Streikliste meldeten sich noch 50, die andern sind teils abgereist, teils in Stellung getreten bei Firmen, welche den Tarif im Voraus anerkannten, und als der Streik beendet war, hatten wir noch an 12 Mitglieder Unterstützung auszuzahlen. Die anderen hatten, soweit möglich, der Parole des Hauptvorstandes Folge geleistet und sind als disziplinierte Mitglieder am 2. April vertragsmäßig in Arbeit getreten. Nur wenigen war es nicht möglich, wegen ungünstiger Zusammensetzuug der Arbeiterzahl die Arbeit nicht aufnehmen zu können. Zur Taktik der Genossen selbst sei hier noch einiges angeführt. Als die Arbeitgeber nach Berlin fuhren, um vorstellig zu werden, berief der sozialdemokratische Hauptvorstand seine Tarifbeiratsmitglieder ein. In München war deshalb Genosse Tauschek und der „Vorsitzende" weg, und bei der Berichterstattung über das Ergebnis der Verhandlungen erklärte letzterer noch extra, daß er mitfahren mußte, um nicht Gefahr zu laufen, daß in München der Tarif nichts wird. Die Verantwortung hätte er nicht auf sich nehmen können. Au! Uns dauerte Tauschek! Aber noch nicht genug, mit Pathos verkündete der Vorstand weiter, daß der Hauptvorstand diesmal nichts unternehmen darf und kann, ohne nicht vorher die „Ortsvertreter" gehört zu haben. Das beruhigte die Mitglieder und der Hauptvorstand hat es nicht gehört. Dann folgten die Verhandlungen. Unser Zentralvorstand hat den ersten Einigungsvorschlag zuerst mündlich, dann schriftlich grundsätzlich zugestimmt, die Roten und die „Hirschen" anderen Tags dem, was unser Zentralvorstand bei der Erklärung bereits gewünscht hatte. Artikelschreiber erinnert sich hier gerade eines Spruches, der besagt: „Selig sind, die im Finstern das begreifen, was andere am Tag vorher schon begriffen haben, denn sie werden in der Dunkelheit Sieger sein." Daß dem so ist, das beweisen auch die zahlreichen Telegramme, die der staunenden, aufgeregten Masse verkündeten, daß die Christlichen mit 5% zufrieden sind und am Samstag die Arbeit wieder aufnehmen. Und Triumphe wurden gefeiert, die Christlichen lagen zerschmettert am Boden, das Licht der Morgensonne schien in das Dunkel, die Berichterstattung des Genossen Tauschek hüllte die Sieger noch in graue Nebel. Mit einemmale wagte noch ein Christlicher sich zu rühren und bezeichnete den Inhalt des Telegramms des Genossen Tauschek als Schwindel. Darob Entrüstung, Sturm, Hampp muß Schwindel zurücknehmen, darf aber im gleichen Atemzuge sagen, daß es „glatte Unwahrheit" ist. Die Sonne scheint stärker, die Nebel steigen auf, der Tag ist da und nun wachen die Träumenden auf, und sehen, daß sie nicht Sieger sind. Und es naht das jüngste Gericht, man hört von Judaslohn, den Tauschek 1907 schon gebracht haben soll, heute ist's das gleiche, man will sogar wissen, daß Tauschek abgeschmiert worden sei, Tauschek weist es zurück, man hört Vorwürfe, daß man zusehe, wie die eigenen Genossen Streikbrecher machen in Bayreuth, man kann die Masse trösten, Schwarz-München hat dort eine Filiale, der Leiter ist nicht im Arbeitgeberverband, deswegen ist's nicht so einfach, außerdem hat die hiesige Leitung keine Zeit, deswegen schreibt man nach 3 Wochen an den Gauleiter in Nürnberg. Aber ein paar Tage wird's dauern, bis Antwort da ist und Ostern kommt, dann wehe, (wenn die Arbeit fertig ist,) dann müssen die Genossen aufhören ohne Pardon. Tauschek empfiehlt Annahme des Einigungsvorschlags, die Masse sieht darin einen Verrat, der durch Nichtaufnahme der Arbeit gesühnt werden soll, und wenn die Zentrale kein Geld gibt, soll ein Lokalverband gegründet werden, dann soll die Zentrale auch nichts bekommen. Und um ¾1 Uhr erfolgt Abstimmung! Der Vorschlag ist gerichtet, er mußte fallen.

Man hatte vergessen, daß die Unparteiischen durch Streik nicht mürber gemacht werden können; man hatte früher traurige Erfahrungen machen müssen, deswegen sprach man den Unparteiischen wohl Vertrauen, aber doch kein Vertrauen aus, weil man nicht glaubte, daß ohne weiteren Streik die Unparteiischen so handeln werden, wie es ihre Pflicht vorschreibt und diese erst durch Streik an ihre Pflicht erinnert werden müssen. Dazu dann der Triumph der Berliner, diese haben auch Vertragsbruch begangen. Dazu gesellen sich die Hirschen, die auch nicht zurückstehen dürfen, wenn es gilt, eine bessere Einsicht mit Dummheit zu schlagen. Dessenungeachtet traten die Unparteiischen in Jena zusammen, zwangen die Arbeitgeber den Vertragsbruch zu vergessen und setzten die Arbeitsaufnahme um 8 Tage später durch.

Damit ebnen die Unparteiischen den Weg zu weiteren Verhandlungen. Und der Erfolg für München! 9% auf alle Grundlöhne erreicht, das war wohl der aufgedrungene Kampf wert, das war notwendig seit 13 Jahren, das war aber auch notwendig für Tauschek, sonst hätte er nicht bestimmt sagen können, ob bei weniger % er im stande ist, die aufgeregte Masse am 9. April in die Arbeit zu schicken. Es ist halt immer noch wahr geblieben: Wie man hineinruft in den Wald, so es wieder zurückschaut. Uns hat der Kampf gelehrt, daß wir Selbständigkeit bewahren müssen, und da geht unser Zentralvorstand mit glänzendem Beispiel voran. Die Berichte, die die Erklärung Schwarzmanns fehlen ließen, haben der roten Masse die Augen geöffnet, daß mit solchem Schwindel die gleiche Tat der roten Führer leuchtender erscheinen soll, damit haben die Herren selbst Hand angelegt, wenn heute die Masse über die Führer hinauswächst. Mit Eckel haben wir die Auslassungen mit angehört, die gegen die eigenen Führer geschleudert wurden. Ein großer Unterschied hat sich gezeigt zwischen uns und rot. Unsere Leute haben Disziplin, sie sind erzogen zu Gewerkschaftlern, die imstande sind zu prüfen, was die Zeit birgt. Deswegen haben wir es verlernt, Dummheiten mitzumachen, die vor den Mitgliedern nicht verantwortet werden können. Und der einzige Dank, den wir dem zielbewußten Handeln unseres Zentralvorstandes spenden können, besteht darin, daß wir so weiter arbeiten gegenseitig, Vertrauen um Vertrauen, nicht nur mit denen, die wir haben, sondern auch mit den zu gewinnenden. Das ist dann der Mühe Preis, die Selbständigkeit zu wahren ungeachtet der Vorwürfe seitens der Gegner. Das Eine steht fest, die Roten haben das Recht verloren, als Vertragskontrahent ernst genommen zu werden. Das mußten sie wiederholt sich sagen lassen auch in Jena bei den Verhandlungen. Wir würden uns bedanken, wenn wir einen Vorstand hätten, der als Puppe schließlich die Augen auf- und zumachen darf, aber beileibe nichts reden. Da hätten wir denn alle Ursache, nach dem rechten zu sehen. So ist es aber nicht notwendig, wir gehen ehrenvoll in treuer Pflichterfüllung aus dem Kampfe hervor. Ungeschwächt, mit neuer Kraft sehen wir in die Zukunft, arbeiten wir für das Gewerbe, für unsere Ideale, für unser Recht. Stets schaffend, nicht raffend gehen wir mit der Zeit und selbständiger denn je soll uns der Feind finden, wenn es gilt, eine Schlacht siegreich zu schlagen.

Das ist der Erfolg des Kampfes im eigenen Lager, daß wir Männer, nicht Puppen geworden sind. Auch wir Münchener haben aus dem Kampfe unsere Konsequenzen gezogen, der ganze Kampf war innerlich gegen uns gerichtet. Deshalb heißt die Parole bei uns: „Neue Kämpfer für unsere Ideale und Sache, dann mögen die Wölfe in Schafskleidern noch so sehr einherstolzieren, wie werden sie erkennen und mit Geschick die falsche Maske vom Gesicht reißen, sie blosstellen vor der Oeffentlichkeit. Und es kommt drum noch die Zeit, wo die Führer der roten Garde ernten, was sie gesät.

pp.

Rundschau.

Eine Ausschußsitzung des Gesamtverbandes

der christlichen Gewerkschaften fand am 2. und 3. April in Düsseldorf statt. Die Redakteure der christlichen Gewerkschaftspresse und die Beamten des Gesamtverbandes nahmen ebenfalls an den Verhandlungen teil. Der Bericht des Vorstandes befaßte sich eingehender mit den Begleiterscheinungen des letzten Reichstagswahlkampfes und der durch das Wahlergebnis geschaffenen Situation. Es wurde, sowohl im Bericht wie in der spätern Diskussion, hervorgehoben, daß der Wahlausfall für die christlich-nationale Arbeiterbewegung eine günstige Allgemeinstimmung erzeugt habe, die in der Werbearbeit entsprechend auszunutzen sei. Die schweren Kämpfe der letzen Zeit hätten ebenfalls befruchtend auf die Werbearbeit für die christlichen Berufsorganisationen eingewirkt, wenn die Situation nur richtig ausgenutzt würde.

Drei Verbände hätten in der Berichtszeit außerordentlich schwere Kämpfe auskämpfen müssen. Der Gutenbergbund gegen den sozialdemokratischen Buchdruckerverband, der mit allen erdenklichen terroristischen Machtmitteln die Alleinherrschaft im Gewerbe erstrebe; der Tabakarbeiterverband bei den Massenaussperrungen am Niederrhein und gleich nachher in Westfalen; endlich der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter bei der Bewegung im Ruhrgebiet. Letzere nahmen einen breiten Raum des Berichtes wie der nachfolgenden Verhandlungen in Anspruch. Einmütig kam die Ansicht zum Ausdruck, daß der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter im wohlerwogenen Interesse der Arbeiter wie der Gewerkschaftsbewegung nicht anders handeln konnte, wie er getan, und daß er den bedeutungsvollen Entscheidungskampf um seine Selbständigkeit wie die Unabhängigkeit der gesamten christlichen Gewerkschaftsbewegung mit Ehren bestanden habe. Den Führern wie Mitgliedern des Gewerkvereins wurde in der Ausschußsitzung wohlverdienter Dank und rückhaltlose Anerkennung ausgesprochen.

Die Arbeitsnachweisfrage unter besonderer Berücksichtigung der paritätischen Facharbeitsnachweise wurde als besonderer Gegenstand der Tagesordnung sehr eingehend behandelt. Referent war Kollege Kurtscheid, der in seinem auf der Praxis fußenden Vortrag ein interessantes Bild der Arbeitsnachweisfrage im Rahmen der gewerkschaftlichen Arbeit zeichnete und der nachfolgenden Diskussion eine breite Unterlage schuf. Referat und Aussprache zeigten, welche große Bedeutung dieser Frage seitens der Gewerkschaften beizumessen, aber auch wie schwierig sie zu lösen ist. Der Vorstand des Gesamtverbandes wurde beauftragt, die Angelegenheit genau zu verfolgen, Material zu sammeln und später mit entsprechenden Vorschlägen an die Öffentlichkeit zu treten.

Ueber das Privatbeamten-Versicherungsgesetz hielt Herr Dieck-M.-Gladbach einen übersichtlichen Vortrag. Die nachfolgende Aussprache befaßte sich in der Hauptsache mit der Frage, wie sich der bestehende Unterstützungsfonds für die Beamten der christlichen Arbeiterbewegung auf Grund des neuen Gesetzes zu gestalten habe. Endgültiges läßt sich darüber nicht entscheiden, bis die Ausführungsbestimmungen der neuen Reichsversicherung für Privatbeamte vorliegen.

Zum Schluß befaßte sich die Ausschußsitzung mit dem nächsten christlichen Gewerkschaftskongreß, der im laufenden Jahre stattfinden soll. Den genauen Termin wie den Ort und die Tagesordnung zu bestimmen, wurde dem Vorstand des Gesamtverbandes überlassen.

Tarifverträge.

In der bayrischen Abgeordnetenkammer hat, wie das Neue Münchener Tageblatt berichtet der Abgeordnete Walterbach die Gewerbeinspektion besonders auf die durch die Tarifverträge gegebene Situation aufmerksam zu machen gesucht und die Auswüchse beleuchtet. Man hat die Tarifverträge als Friedensdokumente bezeichnet, und das mit Recht; heute scheinen sie zum Kampffelde zu werden. Durch manche Tarifverträge werden Monopole geschaffen, kommen Monopolverträge zustande, welche ein Ausschließunsgsrecht nach beiden Seiten in sich schließen: Die Arbeitgeber verpflichten sich, nur solche Gehilfen zu beschäftigen, die einer bestimmten Organisation angehören, wohingegen die Mitglieder der Arbeiterorganisationen sich verpflichten, nur bei einem Mitglied des betreffenden Arbeitgeberverbandes Arbeit zu nehmen. So hat der Buchdruckertarif folgende Bestimmungen: 1. Die Mitglieder des Deutschen Buchdruckervereins verpflichten sich, nur solche Gehilfen einzustellen, die dem sozialdemokratischen Verband der deutschen Buchdrucker angehören; 3. die Mitglieder des Verbandes der deutschen Buchdrucker hinwiederum verpflichten sich nur in solchen Buchdruckereien tätig zu werden, deren Inhaber dem Deutschen Buchdruckerverein angehören. Im Anfang glaubte das kleinere Gewerbe, durch die Tarifverträge die Schmutzkonkurrenz bekämpfen zu können, sobald aber der Tarifvertrag Monopolvertrag wird, bringt er die allerschlimmsten Folgen. So hat der Verband der Deutschen Buchdrucker die alleinige Durchführung der Ausbildung der Lehrlinge in Anspruch genommen. Eine andere schlimme Folge ist die Monopolisierung des Arbeitsnachweises, die ein kolossales Agitationsmittel ist. Im Monopolvertrag wird der Terrorismus offiziell festgelegt. Es gibt Monopolverträge, in denen bestimmt ist, daß die betreffenden Gehilfen innerhalb 4 — 6 Wochen dem sozialdemokratischen Verband angehören müssen, wenn anders sie überhaupt Arbeit finden wollten. In dieser Monopolisierung, welche das Gewerbe von dem allgemeinen Wirtschaftsleben loslöst, liegt die größte Macht der Sozialdemokratie. Ministerpräsident Dr. Frhr. v. Hertling hat in der Abgeordnetenkammer (19. April 1912) erklärt, er bringe den Tarifverträgen die größten Sympathien entgegen, insofern sie geeignet sind, zur friedlichen Verständigung über die Lohnfragen zu führen und auf längere Zeit hinaus die Grundlage für die ruhige Entwicklung in den einzelnen Industriezweigen zu bieten. Seine Sympathie würde sich allerdings stark vermindern, wenn die Vorteile der Tarifverträge nicht allen Arbeitern zugute kämen und wenn man wirklich von Monopolverträgen reden könnte, wenn sie kein Werkzeug des sozialen Friedens und sie dazu führen würden, einen Teil der Arbeiterschaft auszuschalten.

Gewerkschaftssekretär gesucht.

Das Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften in Köln sucht zum baldigen Eintritt einen Sekretär. Es wird nur auf eine durchaus tüchtige Kraft reflektiert. Bewerbungen sind unter Beifügung eines kurzen, selbst geschriebenen Lebenslaufs mit der Aufschrift „Bewerbung" bis zum 15. Mai an das Kartell der christlichen Gewerkschaften in Köln, Palmstr. 14, einzusenden.

Wir verweisen unsere Leser auf den der heutigen Zeitungssendung beiliegenden Prospekt der Firma Dr. Arthur Erhard, G. m. b. H.

Arbeitsnachweis.

Gesucht für Norderney (Nordseebad) **ein Rockarbeiter,** der auch Kleinstücke mitmacht. Antritt möglichst sofort. Lohn bei freier Station 15 Mk. pro Woche. Zu melden beim Kollegen P. F. Lechleiter
Oldenburg i. G., Westerstr. 23.

Auf sofort **1 Rockschneider**
H. Leisen,
Oldenburg i. G., Donnerschweestr.

Gesucht **1 Rockarbeiter** auf schwarze Arbeit. I. Tarif.
Franz Spangemacher,
Oldenburg i. G.

Gesucht **Groß- u. Kleinstückschneider** von
Bartling & Söhne,
Wilhelmshaven.

Auf sofort **1 Hosen- u. 1 Rockschneider.**
Otto Busch,
Oldenburg i. G., Bergstr. 14.

Nach
Hamburg tücht. Großarbeiter gesucht.
Näheres b. Koll. A. Reher,
Werftr. 11. 4.

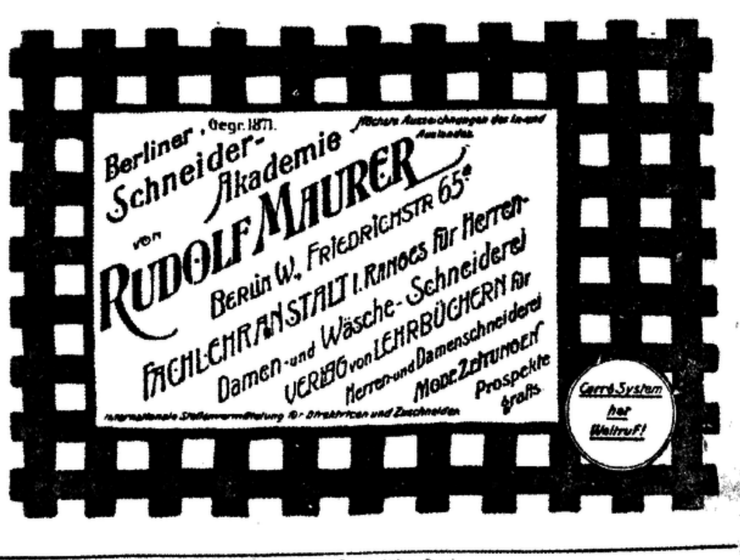
Per sofort nach **Oldenburg** Großherzogtum Oldenburg eine Anzahl

Groß- und Kleinstückmacher

bei guten Stücklöhnen gesucht.

Nach einmonatlicher Tätigkeit erfolgt Fahrtvergütung. Dauernde Arbeit zugesichert.

Anfragen sind an **Fr. Spangemacher,** Oldenburg, Heiligengeiststraße 25, zu richten.



Verantwortlich für Redaktion und Verlag A. Schwarzmann, Köln; Druck Köln-Ehrenfelder Handelsdruckerei.